

Laibacher Zeitung.



Nr. 30.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 12, halbj. fl. 6.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 8. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 5 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1875.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben laut Allerhöchsten Handschreibens vom 30. Jänner d. J. dem Sectionschef des k. k. Finanzministeriums Karl Freih. v. Distler, wie auch dem Sectionschef des k. k. Justizministeriums Casar Benoni von Glaniberg die geheime Rathswürde mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Februar d. J. den Ministerialrath im Justizministerium Dr. Moriz Freiherrn v. Streit zum Vicepräsidenten des steierm. k. k. Obergerichtes allergnädigst zu ernennen geruht. Glaser m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Februar d. J. dem Titular-Hofrath bei dem steierm. k. k. Obergerichte Dr. Mathias Kulig in Anerkennung seiner vielfährigen, treuen und ausgezeichneten Dienstleistung den Hofrathskarakter allergnädigst zu verleihen geruht. Glaser m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen vom Tage.

Inbezug auf die Haltung der Mächte bei der nächsten Papstwahl lesen wir im „Neuen Fremdenblatt“ folgendes:

„Die Stellung Oesterreich-Ungarns zur nächsten Papstwahl bildet fortwährend den Gegenstand publicistischer Erörterung. Der wiener Correspondent der „Karlsruher Zeitung“, der sehr oft seine Phantasien als officiöse Weisheit in die Welt schickt, versichert wiederholt, daß das wiener Cabinet alles anbiete, zu verhindern, daß nicht Cardinal Rauscher oder ein anderer österreichischer Cardinal gewählt werde. Als Grund dieser sonderbaren Abneigung gegen die Wahl eines Oesterreichers bezeichnet derselbe Correspondent die Sorge, daß ein Oesterreicher im Besitz der Tiara das Mißtrauen und den Argwohn Deutschlands herausfordern könne. „Und“, fügt er hinzu, „man legt auf die Beziehungen zu Deutschland einen zu hohen Werth, um nicht jeder Möglichkeit ihrer Trübung aus dem Wege zu gehen.“ Wir nehmen zur Ehre Oesterreichs an, daß der Halb-officiöse diesmal wieder seine eigene Weisheit zu Markte bringt. So abhängig sind wir doch nicht von Berlin, daß wir nöthig hätten, in solch unterthäniger Weise dem Fürsten Bismarck gefällig zu sein.“

Das genannte Blatt bemerkt an anderer Stelle: „In einigen Blättern war kürzlich die Nachricht zu lesen, der päpstliche Nuntius habe Audienz beim Kaiser genommen, um ihm den Dank der Curie zu bringen dafür, daß es die österreichische Regierung verstanden, die confessionellen Gesetze mit schonungsvoller Rücksicht für die Kirche in Vollzug zu setzen. Die Nachricht erschien uns vom Anfange an unglaublich und sie gewann in unseren Augen nicht an Wahrscheinlichkeit dadurch, daß es die berliner „Post“ war, durch die sie in die Welt gesetzt worden. In der That hören wir, daß der päpstliche Nuntius einen Schritt, wie der ihm zugemuthete, nicht gethan, und wir fügen hinzu, daß ihm ebenso wenig Anlaß gegeben war, für schonungsvolle Rücksicht zu danken, als über rücksichtslose Härte sich zu beklagen. Die confessionellen Gesetze werden eben durchgeführt, wie jedes andere Gesetz, und wie wir es ihnen nicht zum Fehler anrechnen, daß sie noch immer unter dem Fluche der päpstlichen Verdamnis stehen, ebenso wenig verargen wir es ihnen, daß sie bisher noch nicht Gelegenheit gegeben haben, ihre wegen einen Bischof in Ketten zu werfen.“

Der „Posel“ bringt eine Correspondenz aus Mähren, welche besagt: „Die mährischen Reichsraths-Abgeordneten verbieten sich die Abzanzelung von Seite der prager czechischen Blätter. Wenn letztere fortfahren, die mährischen Abgeordneten zu verdächtigen, so werde das mährische Volk nicht etwa der Tendenz der prager Czechen folgen, sondern Verfassungstreue in den Reichsrath schicken. Die mährisch-czechischen Abgeordneten müssen bezüglich des Verbleibens im Reichsrath die Verhältnisse berücksichtigen und werden nicht erst vor den prager Redactionstischen erscheinen, um sich Rath zu holen. Der einfache Mährer könne in dem Vorgehen der Prager absolut keine Logik finden; wenn so fortgefahren wird, werde sich das mährische Volk erbittern nicht bloß über die prager Hofmeister, sondern gegen das Czechen thum überhaupt. Hoffentlich werde man nicht die herrschende Verwirrung und Leidenschaft, den Parteihass und Kampf aus Böhmen auch unter die mährisch-czechische Fraction tragen wollen.“

Der „Volksfreund“ beleuchtet die Action der Alt- und Jungczechen und betont bei diesem Anlasse mit patriotischer Wärme die Herstellung des Friedens zwischen den streitenden Parteien in folgender Stelle:

„Die gebildeten Staaten müssen heutzutage unbedingt unter dem Schutze constitutioneller, oder wenn man will, parlamentarischer Institutionen gestellt sein. Die Idee des Grafen Chambord: „Zuerst der Roy und nachher Frankreich!“ diese Idee hat keine Wurzeln mehr in den Massen und sie ist auch gar nicht die wahrhaft menschenwürdige Staatsidee. Ueberhaupt

hat der Staat einen so sehr erweiterten Wirkungskreis, er braucht zu den Staatslasten so sehr alle Klassen des Volkes, daß nicht mehr nur eine Kaste, sondern daß die Gesamtheit des Volkes zur Mitregierung an die Seite der Krone berufen ist. Vor allem ist für den großen Völkerstaat Oesterreich ein festes, geregeltes Verfassungsgesetz ein unabwendbares Bedürfnis, ja eine förmliche Bedingung seiner Existenz. Oesterreich wird nie eine Verfassung erleben, welche allen Parteien recht und gerecht erscheint, aber gerade darum darf kein Oesterreicher, der warmen Patriotismus in seiner Brust trägt, daran arbeiten, das Verfassungsleben Oesterreichs zu vernichten, weil er damit nicht nur die Verfassung, sondern weil er damit Oesterreich zerstört, nichts weniger!“

Die ungarischen Blätter befassen sich eingehend mit der auch in unserem letzten Blatte mitgetheilten Enunciation Koloman Tisza's und bezeichnen dieselbe als einen Wendepunkt in der Situation Ungarns. Von Seite der Deal-Partei sei niemand auf ein solches Auftreten vorbereitet gewesen; wahrscheinlich auch ein großer Theil des linken Centrums nicht.

„Naplo“ sieht in der Rede einen Sieg der Deal-Partei und ihrer Politik.

„Pester Lloyd“ fordert die Deal-Partei auf, vereint mit Tisza zu transigieren.

„Közérdek“ mahnt die Deal-Partei zur Vorsicht und Einmüthigkeit; jedenfalls sei aber die staatsrechtliche Opposition nun gänzlich gefallen.

Der „Ungarische Lloyd“ macht auf die Ansichten Tisza's bezüglich der Administrationsreform aufmerksam und ist unzufrieden, weil Tisza nicht die Sparsamkeit bei der Armee betonte.

„Magyar Politika“ meint, von nun an sei eine Coalition täglich möglich.

Die „Reform“ ist über den Schritt Tisza's hoch erfreut, da er eine Vereinigung aller ungarischen Elemente zu einer compacten Majorität ermögliche.

„Nemzeti Hírlap“ sieht nunmehr die Zeit einer gesunden Parteibildung gekommen.

„Hon“ meint, Tisza sei schon bis zur äußersten Grenze gegangen; jetzt sei an der Deal-Partei die Reihe, sich zu nähern. Welche Fraction der Majorität dies thun werde, könne man noch nicht wissen.

„Ellenör“ meint, daß Tisza's Rede jedenfalls nicht ohne Folgen bleiben werde, wenn auch nicht sofort. „Hon“ und „Ellenör“ sind übrigens nicht besonders erwidert.

„Egypetertes“ sagt: Es war ein zweites Bismarck: das linke Centrum hat das Vertrauen der Wähler und das Land verrathen.

Feuilleton.

Warum? — Darum!

(Eine Faschings-Schnurre.)

Man sollte kaum glauben, daß ein Aesthetiker die nachfolgende historische Schnurre mit dem Ansprache vollen Ernstes erzählt.

Schreiber dieses führt aus, was der ästhetische Sinn Maxim Barrs im petit journal pour rire theilweise erlebt, theilweise erfinden hat.

Ich will mir nie anmaßen, daß ich gute Gedanken habe; hier aber bringe ich fremde Ideen zu Markte, aus denen der Leser gute entwickeln und weiter fortspinnen kann, die auch außer dem Feuilleton Anklang finden könnten.

Die historischen Probleme sind nicht mehr im Schwunge, nicht mehr in der Mode, seitdem man die Philosophie der Geschichte erfunden hat. Jammersehade!

Ich vermisse die alte, gute Zeit, wo man sich darüber gestritten, wer das ungewöhnlichste Ende seines Lebens genommen hat: ob Fabius, der römische Prätor, welcher, als er eine Schale frischer Milch schlürfte, an einem Ziegenhaar erstickte; oder Le canius Ba-stus, ein anderer Prätor, der an einem Nadelstiche starb; oder Quenebault, Arzt in Montpellier, welcher sein Leben darum ausschauete, weil er sich eine Milbe aus der hohlen Hand gezogen; oder Philomenex, ein römischer Grundherr, der am Lachkrampf starb, weil er einen Esel Reigen essen sah; oder Spurius Rufus, welcher verchied, indem er ein weiches Ei im Munde nahm; ob Zeuxis, der Maler, der

lachend vom Leben Abschied nahm, die Figur eines alten Weibes betrachtend, das er selbst gemalt hatte, oder endlich jener Senator, von dem Vortaccio erzählt, daß er den Geist aufgegeben, während er seine Nagel mit einem Zweige Salbei puzte.

Derlei Vorfälle machten ehemals die Zeit schneller verlaufen und waren ein Präservativ gegen die nun landläufig werdende lange Weile. Solche Vorfälle waren unterhaltender als die Feuilletons, welche die Männer verdummen und die Frauen einschläfern; so, daß beide Geschlechter beim Feuilletonlesen üble Nachwehen verspüren, was bei dem gegenwärtigen Artikel zweifelsohne der Fall sein dürfte.

Als ich vor kurzem anstatt einem Feuilleton eine Theaterreclame las, da hatte ich mir als historische Aufgabe die Frage gestellt: Warum Kaiser Karl der Große der Schutzherr aller Schulen, daher aller Schüler und Schülerinnen sei? — Kommt dies daher, weil er, wie historisch nachzuweisen, Eier und Hühner aus seinem Geflügelhofe auf dem Markte verkaufen ließ? — oder daher, daß er seine staatlichen Capitulationen in Großfolio verlaublich ließ? — oder daher, weil er der Onkel des Helden Roland war, welcher den wilden Witekind besiegte? — oder daher, weil er seine Tochter Emma seinem Geheimsecrätär Eginhard, (später Abt im Kloster Seligenstadt am Main,) zur Geponsin gab, welches Ereignis die Oper „Der Schneer“ von dem berühmten Compositenr Auber zu Folge hatte? — oder daher, weil er von Irland den Mönch Alcuin holen ließ, um seinen Unterthanen Unterricht in den schönen Künsten und Wissenschaften zu ertheilen? — oder daher, weil ihm Harun al Raschid mit einer Orgel aus der Barbarei und mit einer sogenannten Alexphora (einer Wasseruhr) ein Geschenk gemacht hatte? — oder schließ-

lich daher, weil er zu Aachen seit 814 begraben liegt, wo der Bau des Domes von dem vorterrannten Geheimschreiber Eginhard oder Einhart geleitet wurde?

Alles dies hatte mit dem Ferialtage der studierenden Jugend am Karltage keinen Zusammenhang und keine logische Folge.

Unaufhörlich verfolgte mich mein mir auferlegtes „Warum?“ und ließ in meinem aufgeregten Gehirn die verschiedenartigsten, sich diametral widersprechenden „Darum“ gebären.

Vor lauter Nachdenken überkam mich eine heftige Migraine.

Aus purer Eingekommenheit des Kopfes fing ich an, das mir vorliegende Feuilleton weniger langweilig zu finden. Ich hätte wohl besser gethan, wenn ich was immer für eine absurde Geschichte von einem noch so absurden Erzähler der Neuzeit zu verstehen getrachtet hätte, statt mir das unsinnige „Warum“ über Karl den Großen zur Auflösung zu stellen.

Ich wollte schon meine Fragepartie aufgeben, da sah ich einen edlen Baccalaureus an meinem ebenbürtigen Fenster vorüberwandeln.

„Junge, hoffnungsvolle Blüte unserer Nation“, sprach ich ihn an, „wollen Sie mich nicht belehren, warum Karl der Große der Schutzherr aller Studenten auf französischem Boden ist?“

„Natürlich“, antwortete der Musesohn, „darium, weil wir an seinem Namensfeste einen Ferialtag haben.“

Esprach's und verschwand, um in den nahen Circus zu gehen.

Warum schweifen wir in die Ferne um die „Darum“ zu unsern „Warum“ zu finden, die uns oft, wie im vorliegenden Falle, so nahe sind?

Parlamentarisches.

I. Oesterreich.

Der Fortschrittsclub legte am 4. d. M. die Beratung über das Incompatibilitätsgesetz fort. Abg. Dr. Wöl stellte den Antrag, derzeit auf die Erlassung eines solchen Gesetzes nicht einzugehen. Der Antrag blieb in der Minorität. Von den Abgeordneten Dr. Kopp, Brandstetter und Dinsl wurden mehrere Bedenken gegen den Majoritätsantrag geltend gemacht, wogegen die Abgeordneten Dr. Mengr Fuz, Dr. Heilsberg und Schönerer für denselben eintraten. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß es sich darum handle, gewisse offene und gefährliche Fälle von Pflichtencollision durch Ausschließung von der Wählbarkeit zu vermeiden, um zu verhindern, daß Abgeordnete, welche mit großen und mächtigen Geldinstituten in engerer Verbindung stehen, wegen ihrer Pflichten, die sie gegen diese Institute zu erfüllen haben, in Pflichtencollision als gleichzeitige Abgeordnete gerathen oder das Interesse der großen Mehrzahl der Steuerträger gefährden. Der Antrag, das Majoritätsvotum als Grundlage der Beratung zu nehmen, wurde schließlich mit Einer Stimme Majorität abgelehnt und das Comité beauftragt, einen Gesetzentwurf im Sinne des Minoritätsvotums, welches einstimmig angenommen wurde, zu verfassen. Der bezügliche Gesetzentwurf wird daher demnächst im Namen des Clubs im Hause eingebracht werden.

Am selben Tage war im Budgetausschusse die Regierungsvorlage über die Eröffnung von Specialcrediten für das Jahr 1875 zum Zwecke des Eisenbahnbaues Gegenstand der Verhandlung. Bekanntlich hat die Regierung im Artikel I 19.595.000 fl. für diesen Zweck beantragt. Im Budgetausschusse wurde über Antrag des zum Berichterstatter gewählten Abgeordneten Dr. Brestel der Betrag auf 18.000.000 fl. und zwar mit 12 gegen 10 Stimmen herabgemindert.

Der Ausschuss zur Vorberatung des Antrages der Abg. Seidl und Genossen betreffend die Kunstweinfabrication legte eben auch am 4. d. die Expertenvernehmung fort; ein besonderes Interesse erregten die Ausführungen des Experten Freiherr v. Babo, Directors der k. k. ökonomischen und pomologischen Staatslehranstalt in Klosterneuburg. Derselbe theilt den Wein überhaupt in drei Klassen, und zwar in Naturwein, das ist Traubensaft ohne allen Zusatz, in dach Zusatz, z. B. von Alkohol, Traubenzucker, Extractivstoffe u. s. w. verbesserten Wein und endlich in Kunstwein ohne Traubensaft. Durch irgend welche Zusätze verbesserten Wein glaubt der Experte zu dem Naturwein zählen zu müssen.

Nachdem derselbe des weiteren dargelegt, daß in Süd-Frankreich das Naturproduct, nemlich der Traubensaft, nur als Material von Wein benützt werde, und den ungemeinen Aufschwung des Weinhandels, namentlich des Exportes daselbst hervorgehoben hatte, wurde die Frage gestellt, ob er glaube, daß die Verhältnisse in Oesterreich analog jenen in Süd-Frankreich und zwar in der Richtung seien, daß eine Behandlung unserer Weine nach französischer Art auch unserem Weinhandel einen Aufschwung geben könnte? Der Experte erwiderte, daß Boden und Klima auch Oesterreich befähigen würden, gleiche Erfolge zu erzielen, jedoch spricht Freiherr v. Babo seine Anschauung dahin aus, daß die südlichen Provinzen die nördlichen in einer Weise überflügeln würden, daß z. B.

Die Hoffnung der Nation hat mir eine Dummheit gesagt, in welcher nichts desto weniger viel Wahrheit liegt.

So erzählt Maxim Barr im petit journal pour rire — und ich erzähle es ihm nach, weil es im weitesten Leben so manches „Warum“ gibt, das ein ähnliches „Darum“ zur Lösung findet.

Vielleicht bringt das gedachte Journal auch andere „Warum“ zur Sprache.

J. B. Schmiedl.

Vom Büchertische.

Wir erlauben uns mit diesen wenigen Zeilen die Aufmerksamkeit unserer geehrten Leser auf zwei Druckschriften zu lenken, in erster Linie auf das Tagebuch des im Verlaufe der Expedition im hohen Norden verstorbenen Maschinenführers Kisch, welches uns höchst interessante Skizzen von den Verhältnissen der Nordpolfahrer bis zum Todestage des Tagebuchführers bringt. Wir empfehlen dieses Werkchen umso bereitwilliger, als der Kien-ertrag der Ausgabe zur Errichtung eines Denkmals für den Verfasser dienen soll. — Zunächst empfehlen wir Alexander Lambergers gemeinschaftliches Lehr- und Nachschlagebuch des gesammten praktischen Rechnens unter dem Titel: „Der österreichische Rechenmeister“. Dieses Werkchen stammt aus der Feder eines tüchtigen Fachlehrten, welche in einer jedem Laien verständlichen Form durch alle Gebiete des praktischen Rechnens führt; insbesondere umfaßt dieser „Rechenmeister“ das neue metrische Maß und Gewicht. Vorkommende alle beide Werkchen besorgt die Buchhandlung v. Kleinmayr & Hammer in Laibach. — Das zweite Heft des „Vertec“ enthält ein Gedicht, Erzählungen von L. Pissal und einem Anonymus W., bezeichnende Aufsätze von J. T., Unterhaltendes, naturhistorische Notizen, Zeitgenossigkeiten, Räthsel u. a.

in Niederösterreich in hundert Jahren wahrscheinlich niemand mehr Weinbau betreiben würde.

Durch gezielte Bestimmungen könne das Verschwinden der Weinkultur dabei wohl verzögert, aber nicht gehindert werden. Durch Gesetze, welche der Kunstweinfabrication einen Kiegel vorzuschieben den Zweck hätten, würde dem Weinhandel der Gnadensstoß versetzt werden.

Die übrigen Experten bezeichneten im allgemeinen jene Weine als Kunstweine, welche entweder gar keinen Traubensaft enthalten oder bei denen eine Vermehrung des Naturweines stattgefunden habe. Andere wollen zwar nicht im Principe, aber in der Praxis auch jene verbesserten Weine, bei deren Bereitung es nicht auf eine Vermehrung abgesehen sei, noch als Naturweine gelten lassen. Sammtliche Experten sprachen sich dahin aus, daß der Kunstwein nicht nur im Handel, sondern auch im Auslande als solcher declarirt werden müsse, indem sie darin den wirksamsten Schutz der durch die Kunstweinfabrication schwer geschädigten Weinkultur erblickten.

Im Rekrutenausschusse des österreichischen Abgeordnetenhauses referierte Abg. Dr. Giskra über die Regierungsvorlage, womit die Aushebung der zur Erhaltung des bestehenden Heeres (Kriegsmarine) und der Ersatzreserve erforderlichen Rekruten-Contingents im Jahre 1875 genehmigt wird. Referent fand die Berufung im Artikel I auf das Gesetz vom 31. März 1874 nicht richtig, da durch frühere Gesetze einem späteren nicht präjudicirt werden dürfe. Auch sei die im vorigen Jahre bewilligte Ziffer nicht maßgebend, sondern vielmehr diejenige, welche sich aus dem Wehrgeetze im Zusammenhalte mit der Provinzialisierung der Militärgrenze ergibt, welche allerdings mit der im Gesetze enthaltenen gleich sei. Der Antrag des Referenten auf Weglassung der Berufung auf das vorjährige Gesetz wurde angenommen und wurden die übrigen Theile des Gesetzentwurfes, conform die Regierungsvorlage, genehmigt. Zum Berichterstatter für die Plenarversammlung wurde Abg. Seidl gewählt.

Abg. Freiherr v. Hammer-Purgstall referiert hierauf über den Antrag des Abg. Dr. Razlag und Genossen wegen Abänderung des § 17 des Wehrgesetzes vom 5. Dezember 1868 und Erweiterung der Begünstigung des § 25 desselben Gesetzes und wird beschloffen, den Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag dem Hause zu beantragen.

Derselbe Referent berichtet ferner über eine Petition des liberalpolitischen Vereins zu Linz, betreffend die Erleichterung der Militärpflicht der Lehrer, Lehramts-Candidaten und Lehramtszöglinge. Diese Petition wurde in Folge einer von dem anwesenden Landesvertheidigungs-Minister, Oberst Forst abgegebenen Erklärung, daß er mit dem Reichs-Kriegsministerium bereits in Verhandlungen stehe, um eine Erleichterung in der gewünschten Richtung herbeizuführen, der Regierung zur Würdigung abzutreten beantragt.

Abg. Brandstetter referierte über eine Petition der Barmherzigen Brüder um Abänderung des § 25 des Wehrgesetzes oder um Gewährung von Erleichterungen bei Erfüllung der Wehrpflicht für die Ordensmitglieder. In Folge einer Mittheilung des Landesvertheidigungs-Ministers über jene Erleichterungen, bezüglich deren Gewährung er bereits ein Einvernehmen mit dem Reichs-Kriegsministerium angestrebt habe, wurde der Beschluß gefaßt, dem Hause die Abtretung der Petition an das Landesvertheidigungs-Ministerium zu empfehlen. Die angestrebten Erleichterungen bestehen darin, daß die Mitglieder des Barmherzigen Ordens nur zu einer achtwöchentlichen Ausbildung im Sanitätsdienste und zwar in Militär-Spitälern herangezogen werden sollen und daß ihnen gestattet werden solle, diesen Dienst im Ordenskleide zu versehen.

II. Ungarn.

Se. Exc. der kön. Justizminister Pauler macht in der am 4. d. stattgefundenen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses bei Gelegenheit der Budget-Debatte darauf aufmerksam, daß die dreihundertjährige Geschichte Ungarns der beste Beweis für den Vortheil des Bündnisses mit Oesterreich sei, welches es in die Lage versetzte, 40.000 einwandernde verfolgte Familien gastfreundlich aufnehmen zu können, jene mit Czernobits hereingekommenen Serben nemlich, die eine Kirchenautonomie bekommen haben, wie sie die griechisch-Orthodoxen nirgends in der Welt besitzen, und die mit den übrigen Einwohnern des Landes vollkommen gleiche politische Rechte erhalten haben. Dies war immer die ungarische Politik den Nationalitäten gegenüber und wenn demnach Herr Polit behauptet, daß die Serben unsere Brüder sein wollen, so thun sie nichts als ihre Pflicht.

Der Zweck des 1867er Ausgleiches aber war, jene Fragen zu lösen, welche zwischen beiden Staaten zu Differenzen Anlaß boten. Wir haben damals die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gewonnen. Früher wußte das Ausland nichts von einem ungarischen Staate, heute ist die ungarische Flagge in allen Weltmeeren sichtbar. Vor der orientalischen Frage aber brauchen wir uns, solange wir mit Oesterreich ein ehrlches Bündnis haben, nicht zu fürchten. Redner geht hierauf zum Gegenstande der Tagesordnung über und meint, daß die Gegner der Vorlage nur die Schattenseite der Lage zeichnen, wo

doch unstreitig auch der geistige und materielle Fortschritt vorhanden ist.

Was aber die allseitig verlangten Reformen betreffe, stellt er die Frage, ob denn bezüglich der Administrationsreform die Ideen schon geklärt wären oder eine Majorität erzielbar wäre? Nicht von Principien, sondern von deren Anwendung sei heute die Rede und früher müsse der Schwerekranke geheilt und sodann erst die Diätetik vorgezeichnet werden.

Was das Justizwesen betreffe, sei es eine ganz unrichtige Behauptung, daß die Rechtspflege jetzt, nachdem die Richter ernannt werden, schlechter als früher sei; ja schlechter für diejenigen, welche früher die Richter dominierten. Auch bezüglich der Friedensrichter-Institution seien die Ideen nicht geklärt, man fordere immer eine starke Regierung und trachte dennoch jene Majorität, welche für die Unterstützung der Regierung notwendig ist, zu sprengen. Man möge doch bedenken, daß nur Einmüthigkeit es der Regierung möglich mache, Ersprießliches zu leisten. Er acceptierte die Budgetvorlage.

Zur Durchführung der Kirchengesetze in Deutschland.

Die brandenburgische Provinzial-Synode richtete bei ihrem Zusammentritt eine Adresse an den deutschen Kaiser. Bei deren Uebergabe hielt Kaiser Wilhelm folgende Ansprache:

„Ich habe die Provinzial-Synoden berufen, in der Hoffnung, daß dadurch das wahre Wohl der Kirche wird gefördert werden. Es sind dabei viele Schwierigkeiten zu überwinden gewesen, theils innere Schwierigkeiten, die in der Natur der Sache liegen, theils pecuniäre Schwierigkeiten. Nun hat die Berufung der Synoden stattfinden können und ich hoffe, daß das Werk, bei dem auch die Laien für das Wohl der Kirche mitarbeiten sollen, wohl gelingen werde, trotz der mancherlei Gefahren, welche die Zeit in sich birgt. Das wird aber wesentlich davon abhängen, daß Sie in Frieden Ihre Arbeit thun. Das ist also auch die Parole, die ich ausgeben muß: Friede. Es wird in den Verhandlungen wohl manches Wort fallen, welches nicht gerade den Frieden verkündet und darstellt; wenn dann nur schließlich die Thaten friedlich ausfallen. Im Frieden für die Kirche zu arbeiten, wird Ihnen ja nicht schwer werden, wenn Sie sich auf dem Grunde des christlichen Glaubens, die Glaubens an Gott und die Gottheit Christi halten; denn freilich, wenn wir daran nicht festhalten, dann sind wir keine Christen mehr. Es sind besonders in der Hauptstadt Bestrebungen, mehr als Bestrebungen hervorgetreten, die auf Leugnung der Gottheit Christi hinauslaufen. Wohin das führt, das haben wir erlebt, wenn man Gott den Herrn und damit auch den Sohn Gottes durch Decret abgeschafft und nachher wieder einsetzt! Darum thut es noth, daß das kirchliche Leben im bestehenden Glauben gepflegt werde im Lande, wie dies auch meine Vorfahren jederzeit, wie Sie auch hervorgehoben, gethan haben. Durch die neuen Gesetze sind bei uns allerlei Irrungen entstanden, zum Theil durch Mißverständnis; sie sind aber auch absichtlich geschürt worden seitens einer Partei. Da ist sogar die Meinung aufgekommen, es solle gar keine Taufe und Trauung mehr stattfinden. Das sind Irrungen, denen entgegengetreten werden mußte. Darum habe ich bestimmt, daß der § 79 in das Reichs-Civilgesetzbuch aufgenommen werden solle. Mögen nun die Verhandlungen und Arbeiten der Provinzial-Synoden, denen ich meine lebhafteste Theilnahme widme, mit Gottes Hilfe segensreich verlaufen!“

Frankreichs neueste Verfassung.

Die Nationalversammlung in Versailles erledigte am 3. d. die zweite Lesung des neuen Organisationsgesetzes. Der Text des neuen Statutes lautet:

Art. I. Die legislative Gewalt wird durch zwei Versammlungen geübt: die Deputiertenkammer und den Senat. Die Deputiertenkammer wird, entsprechend dem Bestimmungen des Wahlgesezes, durch das allgemeine Stimmrecht gewählt. Die Zusammensetzung des Senates wird durch ein Specialgesetz geregelt.

Art. II. Der Präsident der Republik wird durch die Deputiertenkammer und den Senat, die in eine einzige Versammlung zusammentreten, mit Stimmenmehrheit gewählt. Er wird auf sieben Jahre gewählt. Er ist wieder wählbar.

Art. III. Die Rechte und die Pflichten des Präsidenten der Republik sind durch die Artikel 44, 49 bis 57 und 60 bis 64 der Verfassung vom Jahre 1848 geregelt. Er kann seiner in Uebereinstimmung mit dem Senate die Deputiertenkammer vor Ablauf ihres gesetzlichen Mandates auflösen. In diesem Falle sind die Wahlcollegien innerhalb dreier Monate zu den Neuwahlen zu berufen.

Die erwähnten Artikel der republikanischen Verfassung vom Jahre 1848 sind folgende:

Art. 44. Der Präsident muß geborener Franzose, wenigstens dreißig Jahre alt sein und nie die Eigenschaften eines Franzosen verloren haben.

Art. 49. Er hat das Recht, der Nationalversammlung durch die Minister Gesetzentwürfe vorlegen zu lassen. Er überwacht und sichert die Ausführung der Gesetze.

Art. 50. Er verfügt über die bewaffnete Macht, ohne sie jemals in Person befehligen zu können.

Art. 51. Er kann weder einen Theil des französischen Gebietes abtreten, noch die Nationalversammlung auflösen oder vertagen, noch in irgend einer Weise die Wirklichkeit der Gesetze unterbrechen.

Art. 52. Er legt jedes Jahr der Nationalversammlung eine Ausinänderlegung des allgemeinen Standes der Angelegenheiten der Republik durch eine Botschaft vor.

Art. 53. Er unterhandelt und vollzieht die Staatsverträge. Kein Staatsvertrag ist gültig, bis er von der Nationalversammlung genehmigt worden ist.

Art. 54. Er wacht über die Vertheidigung des Staates, kann aber ohne Billigung der Nationalversammlung keinen Krieg unternehmen.

Art. 55. Er hat das Recht der Begnadigung, aber er kann dieses Recht nicht ausüben, ohne vorher die Meinung des Staatsoberhauptes einzuholen zu haben. Allgemeine Amnestien können nur durch ein Gesetz gewährt werden. Der Präsident der Republik, die Minister, sowie alle andern von dem hohen Staatsoberhaupte verurtheilten Personen können nur durch die Nationalversammlung begnadigt werden.

Art. 56. Der Präsident der Republik verkündigt die Gesetze im Namen des französischen Volkes.

Art. 57. Die dringlichen Gesetze werden in einer Frist von drei Tagen und die anderen Gesetze in einer Frist von einem Monate nach dem Tage, wo sie von der Nationalversammlung angenommen worden sind, verkündigt.

Art. 60. Die Gesandten und Botschafter der fremden Mächte werden bei dem Präsidenten der Republik beglaubigt.

Art. 61. Er führt bei Nationalisten den Vorsitz.

Art. 62. Er wohnt auf Kosten der Republik und erhält eine Besoldung von 600,000 Francs jährlich.

Art. 63. Er residirt an dem Orte, wo die Nationalversammlung sich befindet, und kann das Residat der Republik nicht verlassen, ohne durch ein Gesetz dazu ermächtigt zu sein.

Art. 64. Der Präsident der Republik ernennt und entläßt die Minister. Er ernennt und entläßt im Ministerrathe die diplomatischen Agenten, die Oberbefehlshaber der Land- und Seemacht, die Präfecten, den Oberbefehlshaber der Nationalgarden des Seine-Departements, die Statthalter Algeriens und der Colonien, die General-Procuratoren und anderen Beamten höheren Ranges. Er ernannt und entläßt auf den Vorschlag des betreffenden Ministers unter den durch das Gesetz geregelten Bedingungen die uneren Staatsbeamten.

Art. IV. Die Minister sind der Kammer gegenüber solidarisch für die allgemeine Politik der Regierung und individuell für ihre persönlichen Handlungen verantwortlich. Der Präsident der Republik ist nur im Falle des Hochverrathes verantwörtlich.

Art. V. Im Falle der Erledigung der Präsidentschaftsgewalt werden die Kammern unverweilt zusammenzutreten und zur Wahl des Präsidenten schreiten; die Minister werden in der Zwischenzeit interimistisch die Regierungsgewalt ausüben; die Kammern werden auf eigenen Beschluß oder auf die Initiative des Präsidenten das Recht haben, zu erklären, daß zu einer Revision der Verfassung geschritten werden solle. Bis zum Jahre 1880 wird nun Marschall Mac Mahon allein eine Revision beantragen können; die Revision ist auch auf die Regierungsform anwendbar.

Politische Uebersicht.

Kaisbach, 7. Februar.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: „Die Creditive des Grafen Hatzfeld als kaiserlichen außerordentlichen Gesandten Deutschlands in Madrid wurde am 1. Februar von dem Kaiser vollzogen und ist schon auf dem Wege nach Madrid.“

Aus Paris, 3. Februar, wird der „R. Z.“ gemeldet: „Das Verfassungsgesetz in seiner jetzigen Form und dem Charakter, welchen ihm die Wallon'schen Amendements verliehen haben, wird voraussichtlich die zweite Lesung glücklich passieren, dagegen sieht man voraus, daß das Gesetz nicht ohne bedeutenden Kampf durchkommen werde, da der unnachgiebige Theil der Legitimisten, die Bonapartisten und die äußerste Linke das Recht des Präsidenten, Senatoren zu ernennen, auf ein Minimum beschränken wollen. Im Ellysée ist man nicht gerade freudig berührt durch die Wendung der Dinge, aber auch nicht übermäßig beunruhigt. Ein Ministerium Dufaure hat weniger Aussicht, als allgemein angenommen wird; am wahrscheinlichsten ist angeblich ein Kabinett, welches eine conservativere Färbung als Dufaure tragen würde.“

Die Nationalversammlung in Versailles berathet über den Gesetzentwurf, durch welchen die Privatindustrie zur Erzeugung von Dynamitpulver ermächtigt wird. Dr. Finanzminister bekämpfte den Gesetzentwurf, die Verathung wird fortgesetzt. — Das neue französische Cabinet, in welches Wallon, Germain, Léon Say, Audiffret-Paquier, Bocher, Cussy und Décazes treten sollen, dürfte jedoch erst nach der dritten Lesung des Organisationsgesetzes und nach der zweiten Lesung des Senatsgesetzes gebildet werden.

Nachrichten von Madrid zufolge haben die königlichen Truppen Puente-Reyna mit dem Bajonette genommen und die Ortschaft in Brand gesteckt. Die Carlisten erlitten eine vollständige Niederlage. Die königlichen Truppen sind sechs Kilometer von Estella entfernt.

Die rumänische Kammer votierte das diesjährige Recruten-Contingent mit 15,000 Mann, wovon 6000 für das stehende Heer und 9000 für die Territorialarmee bestimmt sind.

Gegenüber den von der „Times“ gemeldeten Schwierigkeiten, welche der Ausgleich in der Podgorizza-Affaire noch bei Montenegro fände, wird in diplomatischen Kreisen hervorgehoben, daß das Einvernehmen der drei Kaiserreiche eine befriedigende, schnelle Erledigung der Podgorizza-Affaire vollkommen garantiere.

Die Mittheilung, welche der evangelischen Deputation im Momente ihrer Abreise von Constantinopel durch Vermittlung des englischen Botschafters von der hohen Pforte zukam, besteht in dem Versprechen der Regierung, die Christen in Zukunft zu schützen.

Das Sultanat von Peraf erkannte die englische Oberhoheit an und hißte die englische und malayische Flagge auf. Eine Proclamation des Sultans verleiht Sicherheit des Lebens und Eigenthums, ladet zur Ausbeutung der Minen ein und bietet Vandreien zur Anlage von Pflanzungen an.

Tagesneuigkeiten.

— (Vom A. h. Hofe.) Ihre Majestäten haben — wie „Jelenkor“ erzählt — den Bischof Hyazinth Ronay mit der Ausbildung der Erzherzogin Marie Valerie betraut. Bischof Ronay wird aus dieser Veranlassung schon demnächst sein Domizil nach Wien verlegen. — Kronprinz Rudolf ist — wie dem „Pester Lloyd“ aus Wien gemeldet wird — gegenwärtig unter der Leitung des Obersten Reinländer mit dem Studium der Taktik, Strategie und der Kriegsgeschichte eifrig beschäftigt, und zeigt für die Wissenschaften hohes Interesse und Beifall. Der Kronprinz wird sich auf Wunsch Sr. Majestät des Kaisers bei allen Ausstellungen und Manövern, welchen Sr. Majestät beivohnt, in der Suite des Kaisers befinden.

— („Diosturen.“) Sr. Majestät der Kaiser haben das literarische Jahrbuch des ersten allgemeinen Bantenervereins der österreichisch-ungarischen Monarchie, „Die Diosturen“ (4ter Jahrgang), angenommen und dem Vereine die goldene Medaille für Wissenschaft und Kunst verliehen.

— (Kaiser Maximilian-Monument.) Das für die Piazza Giuseppe in Triest bestimmte Kaiser-Maximilian-Denkmal wurde in der k. k. Erzgießerei in Wien bereits verladen und dürfte diefertige in Triest eintreffen.

— (Sterbefall.) Josef Ritter von Ettenreich, jener Mann, der so glücklich war, bei der Abwehr und Bewältigung jenes Meuchlers, der am 18. Februar 1853 ein Attentat gegen das Leben Seiner Majestät des Kaisers Franz Josef I. gewagt hatte, im Vereine mit dem kaiserlichen Adjutanten Obersten Maximilian Grafen O'Donnell kräftigen und erfolgreichen Beistand zu leisten, ist in Wien gestorben.

— (Personalia.) Der Zustand des Cardinal-Erzbischofs von Salzburg, B. v. Terenczy, wird als ein hoffnungslos betrachtet. Er wurde mit den Sterbefahrten versehen. — Der Regierungsrath Professor Dr. Schenk in Graz soll, wie die „Tagesspost“ meldet, für die Wiener Hochschule gewonnen sein.

— (Schnee-fall.) Seit 3. d. M. ist in Innsbruck, wie dortige Blätter berichten, wieder ein so starker Schneefall eingetreten, wie kaum früher im Laufe dieses Winters.

— (Verkehr.) Das der deutschen transatlantischen Dampfschiffahrt-Gesellschaft (Adelphi) in Hamburg gehörende Postdampfschiff „Schiller“, Capitän Thomas, trat am 21. Jänner seine erste diesjährige Reise mit Passagieren, Post und Ladung von Hamburg direct ohne Zwischenhäfen anzulaufen nach New-York an.

Locales.

Auszug aus dem Protokolle

über die
ordentliche Sitzung des k. k. Landesschulrathes für Krain in Laibach, am 21. Jänner 1875 unter dem Vorsitze des Herrn k. k. Hofrathes und Leiters der k. k. Landesregierung für Krain Bohuslav Ritter v. Widmann in Anwesenheit von 6 Mitgliedern.

1. Der Vorsitzende läßt durch den Schriftführer die seit der letzten Sitzung erledigten Geschäftsstücke an der Hand des Geschäftsprotokolles vortragen und es wird deren Erledigung genehmigend zu Kenntnis genommen.

2. Dem Director des k. k. Real- und Obergymnasiums in Rudolfswerth wird die vierte Quinquennalzulage zuerkannt.

3. Der Bericht des k. k. Landesschulinspectors für über die vorgenommene Inspicierung der Volksschulen in St. Veit bei Egg, Egg und Ratschach wird zur Kenntnis genommen.

4. Der Bericht betreffend die Ernennung des provisorischen Lehrers in Krozen Johann Ruinar zum provisorischen Lehrer in Seisenberg wird zur Kenntnis genommen und die Enthebung desselben vom gegenwärtigen Dienstposten mit Ende Februar 1875 genehmigt.

5. In Erledigung der von der Direction der k. k. Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt in Laibach vor-

gelegten Schulgeldbefreiungsgesuche werden zwei Uebungsschülern und vier Uebungsschülerinnen die Befreiung von der Entrichtung des Unterrichtsgeldes zugestanden.

6. Auf Grund der Aeußerung des Centralausschusses der Landwirtschaftsgesellschaft betreffend die Bethätigung dreier Schulen mit dem Lacher'schen Tableau der Bienenzucht werden der k. k. Landesregierung die Volksschulen in Glogovitz, Zirkniz und Bodiz zur Berücksichtigung empfohlen.

7. Das durch das Ableben einer Lehramtskandidatin erledigte Staatsstipendium per 50 fl. wird der Candidatin des ersten Jahrganges Hedwig Jonke verliehen.

8. Aus Anlaß eines Disciplinarfalles wird einem Lehramtskandidaten die mit Ende Jänner 1875 fällige Rate des Staatsstipendiums suspendiert und die Wiedereröffnung dieser Rate und der Fortgenuß des Stipendiums von dem Umstande abhängig gemacht, daß derselbe Beweise einer gründlichen und dauernden Besserung an den Tag legt.

9. Die vom k. k. Bezirksschulrath in Gottschee vorgelegten Erhebungen inbetreff der Verwendung des gegenwärtigen Pfarrhofes in Nesselthal zur Schule gegen Widmung der Vererber'schen Verlassenschaft für den Pfarrhof und das Ansuchen der dortigen Gemeinde um Verlassung des für den Schulbau bewilligten Staatsbeitrages per 1200 fl. auch für den Aenderungsfall des Projectes werden dem h. Ministrium für Cultus und Unterricht vorgelegt.

10. Ueber das Gesuch eines Volksschullehrers um Sistierung des Abzuges von seinem Gehalte für den Lehrerpensionsfond wird derselbe, nachdem er von dem als gewesenen k. k. Normalhauptlehrer bezogenen Gehalte jährlich 420 fl. bereits die entfallende Diensttage entrichtet hat, bezüglich dieses Theilbeitrages seiner jetzigen Bezüge, von der 10. beziehungsweise 20perz. Gebühr für den Lehrerpensionsfond freigehalten, und es werden diese Gebühren nur von dem Mehrbetrage seines Gehaltes sammt Quinquennalzulage bemessen.

11. Das Gesuch eines Lehrers an der Realschule um Nachsicht des Präsenzdienstes als einjährig Freiwilliger wird an das hohe k. k. Reichskriegsministerium geleitet.

12. Die Anträge des k. k. Bezirksschulrathes in Radmannsdorf betr. suppletorischer Besetzung der zweiten Lehrstelle an der zweiklassigen Volksschule in Radmannsdorf und der Lehrstelle an der vierklassigen Volksschule in Asp werden genehmigt und den bestellten Hauslehrern auf die Dauer der Besorgung des Unterrichtes Remunerationen aus den Intercalarien der vacanten Lehrstellen bewilligt.

13. Ueber Ansuchen des Schulbauausschusses in Suhor wird zur gänzlichen Herstellung des Schulbaues in Suhor eine Ausbisse per 600 fl. aus dem Normalhaushalt bewilligt und flüssig gemacht.

14. Die Zuschrift des krainischen Landesauschusses, womit der Landtagsbeschluß bezüglich des Präliminates der vierklassigen Volksschule in Topliz Sagor mitgeteilt wurde, wird unter Bekanntgabe des Resultates der Ueberprüfung des Voranschlages im Sinne des § 60 des Reichsgesetzes vom 14. Mai 1869, Z. 62 R. G. B., beantwortet. Weiters wird der k. k. Bezirksschulrath beauftragt, wegen Ermittlung der tabularischen Sicherstellung der dauernden Wirkung des Schulgebäudes für die Volksschulzwecke der Schulgemeinde das Einvernehmen mit der Gewerkschaft zu pflegen.

15. Das von der Direction des laibacher Gymnasiums vorgelegte Gesuch des Turnvereines „Sokol“ um eine Geldentschädigung für die Auslagen beim Turnunterricht der Gymnasialschüler seit 1871/72 wird mit dem Befügen rückgestellt, daß nachdem die Remuneration für den Turnunterricht ausdrücklich mit Inbegriff aller damit verbundenen Auslagen für das Locale, die Apparate, die Beheizung und Beleuchtung zu bemessen und flüssig gemacht wurde, der Landesschulrath nicht in der Lage ist, für diese Auslagen noch eine besondere Entschädigung zu gewähren.

16. Das Gesuch eines pensionierten Volksschullehrers um Erhöhung seiner Pension wird an den krainischen Landesauschuss mit dem Ersuchen um Zustimmung geleitet, daß diesem Lehrer zu seinem Ruhegehälter noch ein Jahresbeitrag aus der krainischen Lehrerpensionskasse ausnahmsweise flüssig gemacht werde.

Auszug

aus dem Sitzungsprotokolle

des krainischen Landesauschusses

vom 5. Februar 1875.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Ritter v. Raltenegger.

Zum definitiven Director der Landeswohlthätigkeitsanstalten wird beschloffen, den Primararzt und k. k. Professor Herrn Dr. Alois Valenta in Vorschlag bei Sr. k. und k. Majestät zu bringen.

Die Erkrankung der beiden mit dem Einreichungsprotokolle und Realisationsdienste betrauten Kanzlei-Officiere Ferdinand Pfeifer und Josef Jonožar macht den Wechsel verschiedener Personalzuteilungen bei den Hilfsämtern nebst Diurnistenaufnahme nöthig, die beschloffen und verfügt werden.

Zur Erwirkung der allerrh. Sanction der 80perz. Steuerumlage in der Gemeinde Topliz zum Schulbaue, dann zur Einholung des Landtagsbeschlusses einer auf

